



Zeit für einen neuen Bezirksbürgermeister – Brauchmann im Interview

Warum sind gerade Sie CDU-Kandidat für den Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick? Seit 2021 bin ich Bezirksstadtrat für Weiterbildung, Schule, Kultur und Sport. Meine Ideen gehen deutlich über meinen bisherigen Aufgabenbereich hinaus. Bei der Wiederholungswahl 2023 ist die CDU stärkste Kraft geworden. Trotzdem ist Oliver Igel (SPD) mit rot-rot-grüner Mehrheit Bezirksbürgermeister geblieben. Das wollen wir ändern und nach der Wahl den Bezirksbürgermeister stellen.



Reicht Erfahrung allein als Begründung? Nein, es geht um einen Neustart. Der Amtsinhaber ist seit 15 Jahren im Amt. Erfahrung und Verschleiß mischen sich, das ist nicht immer gut. Der Bezirk wird mehr verwaltet als gestaltet, ohne Vision oder frische Ideen. Da geht mehr. Das Bezirksamt muss schneller, effizienter und bürgernäher sein. Und manchmal auch piffiger.

Geht das konkreter? Welche Visionen haben Sie für Treptow-Köpenick? Kennen Sie das Helmut-Schmidt-Zitat „Wer Visionen hat, sollte zum Arzt gehen“? Aber im Ernst, drei Beispiele: Erstens: Nach 10 Jahre Gesundheitsstadträte von AfD und Linken ist es schwer, zum Arzt zu gehen. Der Hausärztemangel ist dramatisch. Kassenpatienten bekommen kaum noch Termine. Da müssen wir unbedingt ran. Zweitens: Digitalisierung in der Verwaltung. Mühsames Geschäft. Rot-Rot-Grün stellt im Bezirksamt die e-Akte neben Papierakten, Online-Datenbanken und Emails. Die Mitarbeiter denken, sie würden bei Asterix den Passierschein A38 beantragen. Vier parallele Bearbeitungssysteme! Völlig absurd und ineffizient! Wir sollten wo immer möglich nur noch mit der e-Akte arbeiten. Dieses Jahrtausend verdient eine effiziente, durchdigitalisierte Verwaltung. Drittens: Entwicklung und Erhalt der

Infrastruktur brauchen mehr Tempo. Öffentlich-Private-Partnerschaften darf man nicht verteuern. Die können die bezirklichen Baudienststellen entlasten. Einen Einstieg hat mein Schul- und Sportamt mit dem Bau der Gemeinschaftsschule Adlershof durch die HOWOGE gemacht. Aber da geht noch viel mehr, wenn ich zum Beispiel an eine neue Schwimmhalle für den Bezirk denke. Die staatlichen Baudienststellen können gar nicht alles Notwendige leisten.

Welche Strukturen müssen sich ändern? Das Unwesen von Beauftragten und Kommissionen muss weg. Wir brauchen weniger Leute, die überall reinreden, aber für nichts zuständig sind. Das lähmt die Verwaltung. Wir müssen nicht labern, wir müssen machen!

Warum ist das gerade jetzt wichtig? Treptow-Köpenick ist der am stärksten wachsende Bezirk Berlins. In den nächsten Jahren um rund 30.000 Menschen! Der Druck auf bestehenden Infrastruktur und Behördendienstleistungen wird steigen. Die Verfahren müssen schnell und schlank sein. Man kann nicht in 12 Gesprächsrunden noch 13 Wünsche und Fantasien berücksichtigen. Das macht öffentliche Leistungen teuer und zu langsam.

Gibt es auch inhaltliche

Schwerpunktverschiebungen? Grundsätzlich ist es mir ein Anliegen, die richtigen Schwerpunkte zu setzen. Wenn neue Fahrradstraßen gebaut werden, anstatt bestehende Rad- und Gehwege, die sich teilweise in einem katastrophalen Zustand befinden, zu sanieren, dann läuft etwas schief! Lassen Sie mich ein weiteres Beispiel nennen: Rot-Rot-Grün hat zuerst den Kulturhaushalt geplündert, um eigene Politik zu finanzieren. Der amtierende Bürgermeister hat nur zugeschaut, wie das Theater Ost beinahe über den Jordan ging. Als Bezirksbürgermeister kann ich hier besser steuern.

Kulturhaushalt geplündert – wie meinen Sie das? Bei der Aufstellung des Haushalts im letzten Jahr sahen die Vorzeichen für meine Abteilung sehr gut aus. Wir hatten ein deutliches Plus erwirtschaftet. Leider traf das auf einige Bereiche wie dem Sozialamt – durch Carolin Weingart (Linke) verantwortet – oder das Straßen- und Grünflächenamt – durch Dr. Claudia Leistner (Grüne) verantwortet nicht zu. Ein solidarischer Ausgleich war nötig. Das ist bis zu einem gewissen Punkt auch in Ordnung. Aber die rot-rot-grüne Mehrheit hat dann Gelder in Größenordnung umgeschichtet, so dass in einzelnen Bereichen in meinem Ressort keine auskömmliche Finanzierung mehr möglich war. Das darf sich so nicht wiederholen.

Berlin autofrei? Eine gefährliche Idee.

Was wäre, wenn Berlinerinnen und Berliner ihr Auto plötzlich kaum noch nutzen dürften? Wenn Fahrten zur Arbeit, zum Einkauf oder zum Arzt im Alltag zur Ausnahme würden? Genau das droht mit dem Volksbegehren „Berlin autofrei“. Die Initiative will den privaten Autoverkehr innerhalb des S-Bahn-Rings weitgehend verbieten. Betroffen wäre damit aber nicht nur das gesamte Zentrum der Hauptstadt.

Für viele Menschen im Berliner Südosten hätte das massive Folgen. Wer aus Treptow-Köpenick in die Innenstadt pendelt, wäre plötzlich mit neuen Einschränkungen konfrontiert. Wege zur Arbeit, zu Kunden oder Behörden würden komplizierter, länger und im Zweifel teurer. Auch die Folgen für die Randbezirke werden oft unterschätzt. Wenn Verkehr aus der Innenstadt verdrängt wird, verschwindet er nicht, sondern verlagert sich.

Besonders betroffen wären Bezirke am Rand des S-Bahn-Rings wie der Berliner Südosten. Mehr Ausweichverkehr bedeutet dort mehr Staus, ein höheres Unfallrisiko und zusätzliche Belastungen für Straßen und Anwohner. Ein solches Experiment würde nicht nur den Verkehr verändern, sondern den Alltag hunderttausender Berlinerinnen und Berliner erschweren. Der Weg zu diesem Ziel führt über

ein Volksbegehren. In einem ersten Schritt werden derzeit Unterschriften gesammelt. Wird das erforderliche Quorum erfüllt, steht am Ende ein Volksentscheid zum Thema. Es handelt sich also um ein politisches Projekt mit erheblicher Tragweite.

Die Befürworter argumentieren mit sauberer Luft, weniger Lärm und mehr Lebensqualität. Diese Ziele sind grundsätzlich nachvollziehbar. Doch der vorgeschlagene Weg wirft viele Fragen auf. Nach den Plänen der Initiative dürften private Fahrzeuge im inneren Stadtbereich nur noch sehr eingeschränkt genutzt werden. Lediglich wenige Fahrten pro Jahr wären erlaubt, die vorher angemeldet werden müssen. Für viele Menschen würde das bedeuten, dass sie ihr Auto praktisch nicht mehr einsetzen können.

Besonders betroffen wären Pendler, mobilitätseingeschränkte Menschen und Familien. Wer morgens Kinder zur Schule bringen muss, danach zur Arbeit fährt und anschließend noch Einkäufe erledigt, wäre schnell an die Grenzen eines solchen Systems gestoßen. Auch ältere Menschen oder Personen mit eingeschränkter Mobilität könnten vor neue Probleme gestellt werden. Berlin ist eine große Stadt mit sehr unterschiedlichen Lebensrealitäten. Ein pauschales Verbot wird dieser Vielfalt kaum gerecht.

Noch gravierender wären die möglichen wirtschaftlichen Folgen. Viele kleine Betriebe sind auf flexible Mobilität angewiesen. Viele Betriebe müssen täglich mehrere Einsatzorte erreichen. Wenn sie in der Innenstadt nur noch eingeschränkt fahren dürfen, verlängern sich Wege und Arbeitszeiten. Das verteuert Dienstleistungen und belastet letztlich auch die Kunden.

Hinzu kommt ein weiteres Risiko. Ein nahezu autofreier Innenstadtring würde Verkehr nicht verschwinden lassen, sondern verlagern. Straßen außerhalb des Verbotsbereichs würden stärker belastet werden. Wohnviertel am Rand des S-Bahn-Rings würden möglicherweise zu neuen Stauschwerpunkten. Auch der Lieferverkehr müsste Um-

wege fahren. Das Ergebnis wäre kein Ende des Verkehrs, sondern lediglich eine Verschiebung der Probleme. Besonders problematisch ist außerdem die grundsätzliche Dimension des Vorhabens. Ein faktisches Fahrverbot für den privaten Pkw im Herzen der Hauptstadt wäre ein tiefgreifender Eingriff in die persönliche Mobilität. Die Freiheit, sich innerhalb einer Stadt bewegen zu können, gehört für viele Menschen zum Alltag. Klimaschutz und moderne Mobilität sind wichtige Aufgaben unserer Zeit. Doch sie lassen sich nicht durch Verbote allein erreichen. Berlin braucht einen Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs, bessere Infrastruktur für Radfahrer und intelligente Verkehrssteuerung. Vor allem braucht es Lösungen, die unterschiedliche Lebenssituationen berücksichtigen.



CDU-Initiative zeigt Wirkung: Fahrzeuge an der Schönefelder Chaussee werden entfernt

Über einen langen Zeitraum prägten abgestellte Fahrzeuge und mutmaßliche Autowracks das Bild an der Schönefelder Chaussee, Ecke Gerosteig. Viele Anwohnerinnen und Anwohner empfanden die Situation als belastend, sowohl optisch als auch mit Blick auf Ordnung, Sicherheit und Umweltfragen.

Nun kam Bewegung in die Sache. Die Fahrzeuge wurden derzeit entfernt. Aus Sicht der CDU Altglienicke-Adlershof ist dies das Ergebnis konsequenter politischer Arbeit auf Bezirksebene. Ausgangspunkt war eine schriftliche Anfrage in der Bezirksverordnetenversammlung, mit der die CDU-Fraktion das Bezirksamt aufgefordert hatte, die Situation zu bewerten und konkrete Schritte einzuleiten. Ziel war es, Zuständigkeiten zu klären und Lösungen einzufordern. Der nun vollzogene Abtransport zeigt nach Auffassung der Christdemokraten, dass sich politisches Dranbleiben auszahlt.

„Viele Bürgerinnen und Bürger haben uns immer wieder auf diesen Missstand hingewiesen. Uns war wichtig zu zeigen, dass solche Hinweise nicht im Sande ver-

laufen“, sagt Dustin Müller, Kandidat für die Bezirksverordnetenversammlung. Dass jetzt Fahrzeuge entfernt werden, sei ein sichtbares Zeichen dafür, dass Engagement vor Ort Wirkung entfalten kann.

Die CDU Altglienicke-Adlershof betont zugleich, dass der aktuelle Fortschritt kein Endpunkt sei. Entscheidend sei, dass die Fläche dauerhaft geordnet werde und vergleichbare Situationen künftig schneller aufgegriffen würden.

Dabei versteht man sich ausdrücklich als Ansprechpartner im Kiez. Mit dem Berliner Abgeordneten Stefan Evers, dem Bezirksverordneten Matthias Dehmel und weiteren engagierten Mitgliedern bringe man Anliegen aus Altglienicke und Adlershof regelmäßig in die politischen Gremien ein.

Der Fall an der Schönefelder Chaussee zeige, so der Ortsverband, wie wichtig es sei, Probleme ernst zu nehmen, kontinuierlich nachzufassen und Ergebnisse sichtbar zu machen. Genau daran wolle die CDU auch künftig gemessen werden.



Wie sicher ist unsere Wissenschaft? – Schutz kritischer Infrastruktur im Fokus

Wie verwundbar sind unsere Forschungseinrichtungen – und was folgt daraus für Politik und Gesellschaft? Diese Frage stand im Mittelpunkt eines Besuchs im Center for the Science of Materials Berlin (CSMB) der Humboldt-Universität zu Berlin in Adlershof vom CDU-Bundestagsabgeordneten Adrian Grasse mit dem CDU-Bezirksverordneten Lukas Vennemann. Begleitet wurde der Termin von der Jungen Union Treptow-Köpenick.

Im Austausch mit der Präsidentin der Humboldt-Universität, Prof. Dr. Julia von Blumenthal, dem Dekan Prof. Dr. Emil List-Kratochvil und dem Direktor des CSMB, Prof. Dr. Stefan Hecht, standen insbesondere Fragen der Forschungssicherheit, des Schutzes kritischer Infrastruktur und der strukturellen Verletzlichkeit moderner Wissenschaftseinrichtungen im Mittelpunkt. Spätestens der Stromanschlag im September 2025 hat deutlich gemacht, wie empfindlich hochspezialisierte Forschungsstandorte auf Störungen reagieren – mit unmittelbaren Folgen für laufende Projekte, internationale Kooperationen und nicht zuletzt für den Innovationsstandort Berlin.

Adlershof gilt als Herzstück der Berliner Wissenschafts- und Innovationslandschaft. Der Standort ist einer der größten Technologie- und Wissenschaftsparks Europas und international in zahlreichen Forschungsfeldern führend. Hier werden neue Materialien erforscht, zukunftsweisende Technologien entwickelt und hoch spezialisierte Arbeitsplätze geschaffen. Einrichtungen wie das CSMB

leisten dabei einen zentralen Beitrag: Grundlagenforschung, anwendungsnahe Entwicklung und Kooperationen mit Unternehmen greifen eng ineinander.

„Gerade weil in Adlershof an Schlüsseltechnologien für Energie, Mobilität, Digitalisierung und Medizin gearbeitet wird, ist der Schutz dieser Infrastruktur von besonderer Bedeutung. Forschung ist längst Teil der kritischen Infrastruktur. Labore, Rechenzentren und Versorgungsnetze sind nicht nur wissen-

schaftliche Einrichtungen, sondern auch strategisch relevante Standorte für die Wettbewerbsfähigkeit und Sicherheit unseres Landes“, so Lukas Vennemann. Vennemann fordert in diesem Zusammenhang verlässliche Sicherheitskonzepte, stabile Energie- und Versorgungsstrukturen sowie klare rechtliche Rahmenbedingungen. Gleichzeitig sei eine enge Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung notwendig, um Risiken frühzeitig zu erkennen und Schutzme-

chanismen kontinuierlich weiterzuentwickeln. Nur so kann gewährleistet werden, dass Forschung frei, unabhängig und zugleich sicher arbeiten kann.

Abschließend betont Vennemann: „Treptow-Köpenick mit seinem Wissenschaftsstandort Adlershof steht exemplarisch für die Chancen und Herausforderungen moderner Wissenschaftsgesellschaften. Der Schutz unserer Wissenschaft ist dabei keine Randfrage, sondern eine zentrale Aufgabe für Politik und Gesellschaft.“



Altglienicke im Aufbruch

Altglienicke wächst. Neben landeseigenen Gesellschaften, die auch hier Wohnquartiere errichten, engagieren sich im Ortskern familiengeführte Unternehmen mit einem bewusst langfristigen Ansatz. Neubau ist wichtig. Entscheidend ist jedoch, wie er eingebettet wird und welche Qualität am Ende entsteht.

Bei großen Bauvorhaben – auch landeseigener – Gesellschaften gibt es immer wieder Beschwerden aus der Nachbarschaft. Kritisiert werden fehlende Information, wenig Aufenthaltsqualität oder Erdgeschosszonen ohne echte Belebung. Planungsvereinfachungen können Verfahren beschleunigen, sie ersetzen jedoch nicht die Verantwortung für funktionierende Quartiere.

Familienunternehmen verfolgen hier oft einen anderen Ansatz. Sie bleiben dauerhaft Eigentümer, tragen das wirtschaftliche Risiko selbst und leben vielfach im Umfeld ihrer Projekte. Deshalb werden in den Erdgeschossen keine Wohnungen gebaut, sondern Gewerbeeinheiten, die in Neubauquartieren nicht gebaut werden. Es geht nicht um schnelle Vermietung, sondern um ein stimmiges Umfeld. Nahversorgung, Gastronomie und Dienstleistungen werden gezielt ausgewählt, um echtes Orts- und Stadtleben entstehen zu lassen. Solche Unternehmen bilden ein wichtiges Rückgrat der lokalen Wirtschaft und tragen zur Stabilität ganzer Kieze bei.

Altglienicke profitiert dabei von seiner Lage. Die Nähe zum Flughafen BER sorgt für internationale Anbindung. Im Alltag ist der ganze Südosten mit Adlergestell und Kiefernholzstraße, A100, diversen S-Bahnverbindungen und der U-Bahn in Rudow ebenfalls ideal angebunden.

Der Technologie- und Wissenschaftspark Adlershof, oft als das Silicon Valley Europas bezeichnet, liegt in direkter Nachbarschaft. Dort arbeiten tausende Wissenschaftler, Forscher und innovative Unternehmen. Diese Dynamik strahlt in die umliegenden Ortsteile aus. Am Teltowkanal, auf dem Gelände des „Wegedorn Zentrums“ soll ebenfalls durch die privaten Eigentümer, neben dem Biergarten ein Zugang bis zum Wasser gebaut werden, der öffentlich genutzt werden kann. Solche Maßnahmen erfolgen aus eigener Initiative und langfristigen Engagement für den Standort.

Altglienicke steht damit an diesen Stellen exemplarisch für eine Entwicklung, die nicht nur auf Bauvolumen setzt, sondern auf Qualität, Verantwortung und nachhaltige Quartiersbildung. Wenn öffentliche und private Akteure klug zusammenspielen, kann der Südosten Berlins seine besondere Stärke weiter ausbauen.

„Wir wollen, dass Stadtentwicklung nicht allein nach Quadratmetern und Förderkulissen bewertet wird, sondern nach dem Mehrwert für die Nachbarschaft. Mehr Mut zu gemischten Erdgeschosszonen, mehr Unterstützung für familiengeführte Unternehmen, die langfristig Verantwortung übernehmen, und klare Rahmenbedingungen statt ideologischer Experimente“, so der CDU-Wahlkreisabgeordnete Stefan Evers MdA.

Wenn Politik verlässlich plant und private Initiative stärkt, entstehen Quartiere mit Identität und Perspektive. Der Südosten Berlins hat mit seiner Lage als Innovationsstandort beste Voraussetzungen. Dieses Potenzial gilt es zu nutzen und weiter auszubauen – für Altglienicke und für ganz Treptow-Köpenick.



Im Ortskern von Altglienicke (Köpenicker Str. 25) entstehen Wohn- & Geschäftshäuser, die sich zeitlos ins Ortsbild einpflegen. (Bild: G & G Gruppe)

Mähfreier Mai statt Ordnung: Wenn Ideologie über Infrastruktur geht

Während der Bezirk mit einem massiven Sanierungstau in Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und bei der Verkehrsinfrastruktur kämpft, setzt die Zählgemeinschaft aus SPD, Linken und Grünen in der BVV neue Prioritäten. Mit einem aktuellen Antrag fordern sie das Bezirksamt dazu auf, sich jährlich am sogenannten „Mähfreien Mai“ zu beteiligen und auf bezirklichen Grünflächen – sofern keine zwingenden Gründe dagegen sprechen – konsequent auf das Mähen zu verzichten.

Unsere Parks und öffentlichen Grünanlagen befinden sich bereits jetzt in einem teils verwahrlosten und unansehnlichen Zustand. Statt in die Pflege, die Beseitigung von Unrat oder die drin-

gend notwendige Sanierung unserer Infrastruktur zu investieren, möchte die Zählgemeinschaft nun das ohnehin schon dürrtliche Erscheinungsbild unseres Bezirks aktiv verschlechtern.

Wer sich in unseren Parks erholen möchte, stößt schon heute vielerorts auf Wildwuchs und vernachlässigte Flächen. Den Mai nun zum Monat des kontrollierten Verfalls zu erklären, ist aus unserer Sicht völlig lebensfremd. „Statt den Bezirk weiter zu vernachlässigen, braucht es endlich ein klares Bekenntnis zu Sauberkeit und Ordnung. Insekten brauchen ihre von einem Blumenbeet hätten alle etwas.“, so Jonas Geue, der Stadtentwicklungspolitische Sprecher der CDU-Fraktion.



Foto: KI-generiert

Bürgerforum mit Dr. Felor Badenberger

Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz

Photo: Jana Baerich/Universität zu Köln

Tagesordnung:

- Sicherheit im Kiez**
 - Organisierte Kriminalität und Gewalt – zum aktuellen Lagebild in Berlin
 - Raser & Drogenhandel – wie wird konsequent durchgegriffen?
 - Schnellere Verfahren & wirksame Strafen
- Justiz, die funktioniert**
 - Warum dauern Prozesse so lange?
 - Mehr Tempo und Transparenz durch Digitalisierung
 - Konsequenter Umgang mit Wiederholungstätern
- Schutz für Betroffene**
 - Schnelle Hilfe bei Bedrohung und häuslicher Gewalt
 - Stärkung der Opferrechte
 - Elektronische Überwachung von Gefährdern
- Jugend & Prävention**
 - Jugendstrafrecht: schnell, fair, erzieherisch
 - Zusammenarbeit von Schule, Jugendhilfe & Justiz
 - Prävention, die im Kiez ankommt
- Verbraucherschutz**
 - Fake-Shops & Online-Betrug
 - Lebensmittelverschwendung nachhaltig reduzieren
 - Bürokratieabbau vor Ort – Gastronomie stärken

Ihre Fragen. Ihre Anliegen. Ihre Themen.

- Müggelheim • Müggelhort • Wendenschloß • Kietz/Kietzer Feld • Allende I & II

Altstadttheater Köpenick
Jägerstraße 4 | 12555 Berlin

22. Juni 2026
18:00 Uhr

Politische Werbung – im Auftrag von Martin Sattelkau

MARTIN SATTELKAU
Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin

kontakt@msattelkau.de • www.martin-sattelkau.de
Grünstraße 4 | 12555 Berlin • 0177 3034566

Infrastruktur in Treptow-Köpenick

Der Bezirk wächst und ein Ende ist nicht in Sicht. Allein die großen Neubauvorhaben, wie beispielsweise das Stadtquartier „ehemaliger Güterbahnhof Köpenick“ oder „Späthsfelde“ machen deutlich, dass in Treptow-Köpenick noch viele Menschen zuziehen werden. Anders als bei den jetzt neu geplanten Stadtquartieren hat der Bezirk es teilweise versäumt die Infrastruktur bei Neubauvorhaben mitzudenken.

Ein gutes Beispiel ist die Wasserstadt Spindlersfeld, welche tausenden Menschen ein neues zu Hause geboten hat. Das Problem ist nur, dass bei den Planungen keine Kindertagesstätte, kein Supermarkt oder sonstiges mitberücksichtigt wurde. Die Anwohnerinnen und Anwohner in Spindlersfeld merken dies jeden Tag beim Einkaufen.

Der REWE an der Oberspreestraße ist für die Menschen aus dem Kiez der erste Anlaufpunkt zum Einkaufen, jedoch viel zu klein, um die Menschen vor Ort zu versorgen. Die REWE Group ist momentan mit dem Bezirk im Gespräch, um den Supermarkt nach dem Vorbild in Schmöck-

witz neu zu bauen und zu erweitern. „Ich hoffe sehr, dass das Bezirksamt, vornehmlich die zuständige Bezirksstadträtin Frau Dr. Leistner (Bündnis 90/Die Grünen) hier schnell eine Genehmigung zum Neubau erteilt.“ äußert sich die zuständige Abgeordnete Lisa Knack.

„Sobald hier eine Entscheidung getroffen wurde, wird REWE die Anwohnerinnen und Anwohner im Kiez informieren. Ich hoffe, dass dies noch im zweiten Quartal 2026 erfolgen kann“ führt Lisa Knack weiter aus. Man kann nur hoffen, dass der Bezirk aus den vorherigen Planungen wirklich etwas gelernt hat. Auch ist zu wünschen, dass die nun erfolgte Aufforderung an die Bürgerinnen und Bürger zur Rückmeldung, um das soziale Infrastrukturkonzept von Treptow-Köpenick fortzuschreiben, keine Nebelkerze bleibt, sondern die Anmerkungen von Anwohnerinnen und Anwohnern ernstgenommen werden. Wohnungsbau ist zwar wichtig, jedoch darf das Bezirksamt nicht seine Verantwortung vergessen für genügend Einkaufsmöglichkeiten, Spielplätze, Erholungsflächen und dergleichen zu sorgen.



Wandmosaiken aus Tunnel in Schöneeweide gerettet

Auf Initiative der CDU-Fraktion hat die Bezirksverordnetenversammlung im Sommer 2024 beschlossen, die historischen Wandmosaiken der Berliner Künstler Klaus Roenspieß aus dem ehemaligen Fußgängertunnel in Schöneeweide zu retten. Inzwischen konnten die Mosaiken gesichert werden. Sie werden derzeit für eine Nachnutzung aufbereitet. Die Mosaiken werden im neuen Fahrradparkhaus auf dem Vorplatz des Bahnhofs Schöneeweide sowie in der Wandgestaltung des Bahnhofsgebäudes eine neue Heimat finden.



Foto: KI-generiert

Anzeige

JU

 JUNGE UNION
TREPTOW-KÖPENICK

Du willst mitreden statt meckern?

Dann bist Du bei uns richtig.

- ✓ Stammtische & Debatten
- ✓ Treffen mit Politikern
- ✓ Aktionen & Kampagnen
- ✓ Feiern & coole Events



@ju_treptow_koepenick



www.ju-treptow-koepenick.de



info@ju-treptow-koepenick.de

Beleuchtungsinitiative für den Bezirk

Auch wenn die Tage derzeit wieder länger werden, sind dunkle Ecken, Straßen und Plätze nicht nur in der kalten Jahreszeit ein Ärgernis. Auf Initiative der CDU-Fraktion hat die BVV beschlossen, eine Beleuchtungsinitiative für den Bezirk zu starten. Dabei sollen in einem strukturierten Beteiligungsprozess dunkle Ecken ermittelt werden, durch die jeweils zuständigen Ämter überprüft und schließlich - nach Möglichkeit - Abhilfe geschaffen werden. Schreiben Sie uns gerne jederzeit, welche Ecken Sie zur dunklen Jahreszeit meiden oder wo eine Laterne repariert werden muss.



Im Kampf gegen illegale Altkleidercontainer im Allende-Viertel

Überfüllte Altkleidercontainer und Berge daneben abgelegter Säcke sind seit Monaten ein Ärgernis rund um das Allende-Center (Müggelheimer Straße 36). Viele Hinweise aus der Nachbarschaft haben den Abgeordneten Dr. Martin Sattelkau erreicht – und den Anstoß gegeben, Betreiberangaben und Zuständigkeiten genauer zu prüfen.

Dabei zeigte sich: Aufdruck, Kontaktwege und tatsächliche Verantwortliche passen nicht immer zusammen. In einer Schriftlichen Anfrage wird beschrieben, dass der Name „Ukraine-Hilfe Berlin e.V.“ auf Containern genutzt wurde, während der Verein öffentlich erklärte, keine Kleidercontainer zu betreiben. Der Verdacht liegt nahe: missbräuchliche Nutzung eines Vereinsnamens und ein kommerzieller Hintergrund.

Die Antworten des Senats (mit Zuarbeit des Bezirksamts) machen außerdem deutlich: Entscheidend ist, wo ein Container steht. Auf öffentlichem Straßenland ist das Aufstellen in der Regel genehmigungspflichtige Sondernutzung. Für den Standort Müggelheimer Straße 36 wird in den Unterlagen auch die Frage berührt, ob öffentlicher Straßenraum betroffen ist – genau das ist für Zuständigkeit und Vorgehen entscheidend. Auf privaten Flächen – etwa Supermarktparkplätzen – ist nach Bezirksamts-Darstellung regelmäßig keine Genehmigung erforderlich; maßgeblich ist dort die Zustimmung der Eigentümer.

Anders als oft vermutet gibt es im Bezirk zugleich genehmigte Standorte im öffentlichen Straßenland: Das Straßen- und Grünflächenamt listet aktuell 13 genehmigte DRK-Container – verteilt u.a. auf Köpenick, Grünau, Friedrichshagen, Rahnsdorf, Schmöckwitz und Oberschöneweide; auch Müggelheim ist mit Standorten vertreten. Für das Allende-Viertel heißt das: genau hinschauen, ob ein Behälter legal steht – und ob er regelmäßig geleert wird.

Sattelkau fordert konsequente Kontrollen, zügige Entfernung unerlaubter Container und spürbare Konsequenzen, wenn Vermüllung billigend in Kauf genommen wird. Das Bezirksamt verweist darauf, das Vorgehen zur Beseitigung bereits mehrfach erläutert zu haben – aus Sicht vieler Anwohner braucht es aber vor allem schnelle, sichtbare Ergebnisse bei der Entsorgung illegaler Sammelstellen.

Für Bürgerinnen und Bürger gilt: Seriöse Sammlungen erkennt man an klaren Kontaktdaten und nachvollziehbaren Betreibern. Missstände und illegale Container können über „Ordnungsamt-Online“ gemeldet werden; das Bezirksamt hat zudem auf berlin.de eine Übersichtsseite mit den genehmigten Standorten veröffentlicht.

„Sauberkeit und Ordnung sind keine Nebensache – sie entscheiden über unsere Lebensqualität im Kiez“, so Sattelkau.



JOB GESUCHT?

Wir suchen zuverlässige, flexible und pünktliche Zusteller und Zustellerinnen zur Erweiterung unseres Teams.

Es geht um die Verteilung von Flyern, kleinen Prospekten, Zeitungen und Informationsschreiben in die Hausbriefkästen.

Voraussetzungen:

- Du bist mindestens 21 Jahre alt
- Du solltest pünktlich und ehrlich sein
- Orientierungsvermögen besitzen
- Du solltest gerne laufen und auch mit Sonne, Wind, Regen, Kälte und Wärme klarkommen

Interessiert?

Dann melde Dich unter:

wiso@berlingestalter.de oder 0160 97538587

Quo Vadis Erholungsgrundstücke an der Seddinpromenade

Im Juni 2025 wurde zum ersten Mal bekannt, dass Pachtverträge von Erholungsgrundstücken an der Seddinpromenade in Schmöckwitz nicht verlängert werden sollen. Zum Jahresende 2030 sollen die betroffenen Grundstücke zurück in die Hand der Berliner Forsten gehen, um diese zu renaturieren und der Allgemeinheit zugänglich zu machen. Es folgten diverse Gespräche mit den Berliner Forsten und die betroffenen Pächter haben eine Petition gestartet, um Ihren Unmut deutlich zu machen.

Rechtlich gesehen ist das Vorgehen der Berliner Forsten nicht zu beanstanden, da es sich um Pachtverträge mit einer Laufzeit von jeweils immer fünf Jahren handelt. Auch die in der Petition erwähnte Aussage, dass es sich um eine Ausgleichsfläche für die geplante Tangentialverbindung Ost, kurz TVO, oder andere Bauvorhaben des Landes Berlin handelt ist schlicht falsch.

„Wir sollten hier bei den Fakten bleiben, um sachlich an Lösungen zu arbeiten“ betont die Wahlkreisabgeordnete Lisa

Knack. Nach diversen Gesprächen vor Ort und eingehender Recherche wird deutlich, dass viele Grundstücke davon gar nicht betroffen sind. Die geplante Renaturierung der Berliner Forsten ist zwar immer noch rechtens, jedoch kann die Frage gestellt werden, ob die wenigen Grundstücke, welche der Allgemeinheit zur Verfügung gestellt werden könnten, die Naherholung verbessert. „Rechtlich gesehen ist klar, dass die Berliner Forsten die Eigentümer sind und sie die Pachtverträge einfach auslaufen lassen können“ sagt Lisa Knack.

Weiter führt die Abgeordnete aus: „Das habe ich vor Ort auch den Pächtern in der Deutlichkeit gesagt. Die Frage ist nun, ob mit politischem Willen doch noch etwas geändert werden kann.“ Die Gespräche mit dem Staatssekretär für Umwelt und Klimaschutz, Andreas Kraus, laufen bereits. Nun muss abgewartet werden, welche Möglichkeiten sich noch ergeben und ob es doch noch ein gutes Ende für die Pächter an der Seddinpromenade in Schmöckwitz geben wird.

Gastro-Tipp: Fosca – eine Institution in Johannisthal feiert 30. Jubiläum

Wer in Johannisthal eine verlässliche Adresse für einen guten Abend sucht, sollte einmal das Fosca besuchen. Seit der Eröffnung am 26. Februar 1996 hat sich die Bar am Sterndamm zu einer festen Größe entwickelt und feiert dieses Jahr ihr 30-jähriges Jubiläum. Das Fosca – benannt nach einer „unsterblichen“ Romanfigur von Simon de Beauvoir – ist eine angenehme Mischung aus Café, Cocktailbar und Pub – genau richtig für alle, die es entspannt, aber hochwertig mögen.

Inhaber Ole Hähnel und Geschäftsführer Gil Kowski legen dabei Wert auf ein breites und qualitativ hochwertiges Angebot. In der Speisekarte finden sich nicht nur klassische Snacks, sondern eine vielfältige Auswahl an Speisen: von frischen Salaten über Empanadas und Flammkuchen bis hin zu Spareribs oder Nachos. Das Angebot ist vielfältig und abwechslungsreicher

als in einer gewöhnlichen Bar. Dazu kommt eine breite Getränkeauswahl: ausgesuchte Weine, verschiedene Rum- und Whiskysorten, klassische und moderne Cocktails sowie eine große Auswahl an Bieren.

Neben dem regulären Barbetrieb hat sich das Fosca auch als Veranstaltungsort im Kiez etabliert. Regelmäßig finden hier Live-Konzerte statt, und im Sommer kann im Biergarten gemeinsam Europa- und Weltmeisterschaft geschaut werden. Darüber hinaus wird das Fosca auch gerne für private Veranstaltungen gebucht: Hier kann man prima Geburtstage oder Hochzeiten feiern und sich dabei an einem Buffet erfreuen.

Das Fosca liegt am Sterndamm 87 in 12487 Berlin und hat von Dienstag bis Samstag ab 16:30 Uhr geöffnet. Ein Tipp für alle, die eine Bar mit guter Küche und Charakter suchen.



Jetzt mitmachen: Kostenlose Hausbäume für Treptow-Köpenick

Der Bezirk startet erneut die beliebte Aktion „Hausbäume für Treptow-Köpenick“ und lädt alle Grundstückseigentümerinnen und -eigentümer ein, aktiv zur Begrünung beizutragen. Wer noch bis zum 01. Juni 2026 einen Antrag stellt, hat die Chance, einen oder mehrere hochstämmige Laub-Hausbäume kostenlos vom Naturschutzamt zu erhalten.

Das Ziel der Initiative ist es, den urbanen Raum ökologisch aufzuwerten, Schatten zu spenden und die Artenvielfalt direkt vor der eigenen Haustür zu fördern. Besonders gesucht sind Standorte, die in den öffentlichen Raum hineinwirken – ideale Plätze sind daher Vorgärten, öffentlich zugängliche Hofanlagen oder Gemeinschaftsflächen. So funktioniert die Bewerbung: Interessierte können sich das

Bewerbungsformular sowie die Leitlinien für das Projekt bequem auf der Webseite des Bezirksamts Treptow-Köpenick (Bereich Umwelt- und Naturschutz) herunterladen. Der ausgefüllte Antrag ist per E-Mail an hausbaum@ba-tk.berlin oder per Post an: Naturschutzamt Treptow-Köpenick, Postfach 91 02 40, 12414 Berlin zu senden.

Nach Einreichen der Unterlagen prüft das Naturschutzamt die Eignung des Standorts (u.a. via Luftbild).

Bei positivem Vorbescheid wird ein gemeinsamer Ortstermin vereinbart, um Details zur Baumart und zur fachgerechten Pflanzung zu besprechen. Wichtig ist hierbei, dass die Antragstellenden über unterirdische Leitungsverläufe (Gas, Strom, Abwasser) Bescheid wissen.

330.000 Euro für 195 Meter: Streit um Prioritäten auf Berlins Straßen

Treptow-Köpenick. 330.000 Euro für knapp 200 Meter – diese Zahl sorgt derzeit im Bezirk für Diskussionen. Konkret geht es um den 1. Bauabschnitt der Fahrradstraße Bouchéstraße: Für 195 Meter sind laut Bezirksamt rund 330.000 Euro angesetzt. Weitere 50.000 bis 60.000 Euro kommen voraussichtlich für Markierungen und Beschilderung im zweiten Abschnitt hinzu.

Der CDU-Abgeordnete Dr. Martin Sattelkau kritisiert die Schwerpunktsetzung scharf. „Wer täglich durch unseren Bezirk geht oder fährt, sieht Schlaglöcher, abgesackte Gehwege und beschädigte Fahrbahnen. Hier besteht dringender Handlungsbedarf“, sagt Sattelkau. Aus seiner Sicht sei der Vorgang beispielhaft für eine Politik, die „Prestigeprojekte“ vor den Substanzerhalt stelle.

Bezirksamt: „Fahrbahnsanierung und Sicherheitsmaßnahme“

Das Bezirksamt verweist darauf, dass es beim ersten Bauabschnitt nicht allein um Radverkehrsförderung gehe: Im Zentrum stünden Fahrbahndeckensanierung (Asphalt) sowie bauliche Elemente wie eine Gehwegvorstreckung, die die Verkehrssicherheit erhöhen soll. Markierungen und Beschilderung seien ein weiterer Schritt.

Knackpunkt: knappe Mittel – große Baustellen

Sattelkau setzt seine Kritik in Relation zur Finanzlage des Bezirks. Für die laufende Unterhaltung des Straßenlands stehen nach Haushaltsansatz rund 8,6 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung (Ist-Ausgaben 2024: 9,33 Mio. Euro). „Wenn die Spielräume so begrenzt sind, muss jeder Euro dort wirken, wo die meisten Menschen täglich unterwegs sind – auf Gehwegen, an Bordsteinen und auf maroden Straßen“, so der Abgeordnete. Anwohnerinnen und Anwohner berichten seit Monaten über Gefahrenstellen: unebene Pflasterflächen, beschädigte Bordsteine, Stolperkanten. Besonders betroffen seien ältere Menschen, Familien mit Kinderwagen und mobilitätseingeschränkte Personen.

Forderung nach Transparenz

Die CDU fordert nun eine nachvollziehbare Aufschlüsselung, welche Mittel in welche Maßnahmen fließen – und nach welchen Kriterien Prioritäten gesetzt werden. Nur so könne eine sachliche Debatte geführt werden, sagt Sattelkau: „Es geht nicht um Radverkehr gegen Auto oder Fußgänger. Es geht um Augenmaß – und um Verantwortung gegenüber den Steuerzahlern.“ Wie geht es weiter? Nach dem ersten Bauabschnitt sollen Markierungen und Beschilderung folgen. Politisch dürfte die Debatte jedoch anhalten: Denn die Frage, ob Treptow-Köpenick zuerst reparieren oder neu gestalten sollte, trifft mitten in den Alltag vieler Menschen.



Buntzelranch Bohnsdorf vor dem Aus?

Jeder Bohnsdorfer kennt die Buntzelranch. Es ist ein Fleckchen, wo Bohnsdorferinnen und Bohnsdorfer zusammenkommen, beispielsweise beim traditionellen Osterfeuer. Auch die dort ansässigen Tiere haben vielen Generationen ein Lächeln ins Gesicht gezaubert. Aufgrund einer Meldung beim Veterinäramt steht es jetzt jedoch schlecht um diese Institution.

Es wurden Mängel festgestellt, welche behoben werden sollen. Das an sich ist nicht das Problem, jedoch ist die Art des Amtes, welches vom Bezirksstadtrat Geschanowski (AfD) geleitet wird, mehr als fraglich. Nach Auflagen hat sich die Familie, welche die Buntzelranch betreibt, bemüht die Auflagen umzusetzen. Es wurden Fortbildungen absolviert und Umbauten vorgenommen. Trotz hoher Kosten haben Sie alles dafür getan, dass Sie ihre Tiere behalten können. Dem Amt ging es jedoch nicht schnell genug. Nach und nach wurden Fristen gesetzt, welche

die Familie nicht einhalten konnte. Konsequenz daraus war, dass ihnen einige Tiere weggenommen wurden und die Familie um ihre Existenz bangt.

„Das Standards beim Tierschutz eingehalten werden müssen steht außer Frage. Was jedoch sicherlich anders gehandhabt werden könnte ist das Vorgehen des Amtes.“ Sagt Lisa Knack, Abgeordnete aus Bohnsdorf, zu diesem Vorgang. Sie begleitet den Streit seit Sommer 2025 und ist streckenweise irritiert, dass hier so resolut gegen die Familie vorgegangen wird. Ein Gesprächsangebot von Lisa Knack, um zwischen der Familie und dem Amt zu vermitteln, wurden seitens des Veterinäramtes ignoriert. Auch wenn das Veterinäramt formal recht hat, wäre ein kooperativeres Vorgehen sicherlich möglich gewesen. Das systematische Vorgehen gegen die Familie, trotz Bemühungen die Auflagen zu erfüllen, werfen definitiv Fragen auf.



Schnelle Hilfe und klare Strukturen im Kampf gegen Gewalt an Frauen

Von Dr. Katrin Hegenscheid, Vorsitzende der Frauen Union Treptow-Köpenick

Wenn es um häusliche oder sexualisierte Gewalt geht, sind medizinische Versorgung und eine gesicherte Dokumentation von Spuren oft entscheidend für die spätere Strafverfolgung. Genau darüber haben wir als Frauen Union Treptow-Köpenick am 17. Februar im Rathaus Treptow mit Fachleuten aus Politik und Praxis gesprochen.

Gemeinsam mit der Frauen Union Berlin hatten wir zu einem Diskussionsabend unter dem Titel „Gewalt gegen Frauen“ eingeladen. Zu Gast war die Senatorin für Justiz und Verbraucherschutz, Dr. Felor Badenberg. Außerdem berichteten Vertreterinnen der anonymen Spurensicherung des Brandenburgischen Landesinstituts für Rechtsmedizin sowie eine Referentin der Berliner Netzwerkstelle „Gesundheitsversorgung nach sexualisierter Gewalt“ aus ihrer täglichen Arbeit.

Die Zahlen in Berlin geben Anlass zur Sorge. Sexualdelikte und Fälle häuslicher Gewalt nehmen zu, zugleich ist die Dunkelziffer hoch. Viele Betroffene wenden sich aus Angst oder Unsicherheit nicht sofort an die Polizei. Gleichzeitig fehlt in Berlin bislang ein flächendeckendes Angebot für eine vertrauliche Spurensicherung, also die Möglichkeit, Spuren gerichtsverwertbar sichern zu lassen, ohne unmittelbar Anzeige erstatten zu müssen. Das führt dazu, dass wertvolle Beweise verloren gehen und Betroffene unversorgt bleiben.

Ein Blick nach Brandenburg zeigt, was möglich ist. Dort besteht bereits ein Netzwerk aus zwölf Kliniken, die eine vertrauliche Spurensicherung anbieten.

Zugleich erhalten die Frauen medizinische Hilfe und werden an Beratungsstellen vermittelt. Dieses Modell kann auch für Berlin ein Vorbild sein.

Seit Januar 2025 gibt es zudem eine Berliner Netzwerkstelle in Trägerschaft von S.I.G.N.A.L. e.V., die die kassenfinanzierte vertrauliche Spurensicherung koordiniert, Schulungen begleitet und ein tragfähiges Versorgungsnetz aufbaut.

Dr. Badenberg stellte konkrete

Fortschritte im Umgang mit häuslicher Gewalt vor, z.B. die elektronische Fußfessel nach spanischem Vorbild oder runde Tische zur Vernetzung von Polizei, Strafgerichten, Familiengerichten und Jugendämtern. Darüber hinaus will die Justiz Einzelfälle systematisch auswerten, um aus Fehlern zu lernen und Prävention gezielter zu stärken.

Das sind wichtige Schritte, doch sie reichen noch nicht aus. Finanzierungslücken in der medizinischen Versorgung und

Spurensicherung müssen geschlossen werden. Es braucht feste Stellen für Koordination, Schulungen und Öffentlichkeitsarbeit. Die Hilfe für Betroffene muss verlässlich finanziert werden, ebenso der Ausbau zeitnah verfügbarer Traumatherapieplätze. Strafverfahren sollten beschleunigt, Präventionsarbeit an Schulen gestärkt und Täterarbeit ausgebaut werden.

Nur wenn Medizin, Beratung, Justiz und Politik eng zusammenarbeiten, können wir Frauen wirksam schützen.



v. l. n. r. Rona Torenz (Signal e.V.), Dr. Katrin Hegenscheid, Dr. Felor Badenberg, Christina Henke (Vors. FU Berlin), Petra Huchel und Samira Claßen (Landesinstitut für Rechtsmedizin in Brandenburg)

Lösen und Gutscheine für Ihren Kiez gewinnen

Wir wollen unsere Gewerbetreibenden in Treptow-Köpenick unterstützen. Senden Sie uns das korrekt ausgefüllte Sudoku bis zum **01.06.2026** mit Ihren Kontaktdaten per E-Mail an (info@cdu-tk.de), oder per Post an:
Bürgerbüro CDU Treptow-Köpenick
Dörpfeldstraße 51
12489 Berlin.

Preise:

1. **Gutschein im Wert von 50 Euro für ein Restaurant Ihrer Wahl**
2. **Gutschein im Wert von 25 Euro für ein Kino Ihrer Wahl**
3. **Gutschein im Wert von 15 Euro für einen Einzelhändler Ihrer Wahl**

Der Rechtsweg ist ausgeschlossen. Die Ermittlung der Gewinner erfolgt im Losverfahren. **Viel Erfolg!**

	9	2	6		7	4		5
5		8			4	2		
	3		9		5		7	8
	1	9		4	3	5		
7	2		5	6			1	3
		3	2	1		9	4	
	8	1			6	7		4
9		7	4	5			8	2
3		5	8	7	2		9	1

Förderung der Jugendsozialarbeit in Treptow-Köpenick Ein Haushaltsproblem mit Ansage

Die aktuelle Diskussion um drohende Kürzungen in der Jugendförderung in Treptow-Köpenick kommt nicht überraschend. Im Gegenteil: Die nun sichtbar werdende Finanzierungslücke ist das direkte Ergebnis eines Haushaltsbeschlusses von SPD, Linken und Grünen – trotz frühzeitiger Warnungen vom Jugendstadtrat und aus dem Jugendhilfeausschuss.

Bereits während des Haushaltsaufstellungsverfahrens gab es deutliche Hinweise darauf, dass die Mittel für die Jugendförderung nicht ausreichen würden. Der Jugendhilfeausschuss hatte mehrfach darauf aufmerksam gemacht, dass die bestehenden Angebote mit den vorgesehenen Haushaltsansätzen nicht dauerhaft gesichert werden können. Diese Hilferufe aus dem fachlich zuständigen Gremium wurden jedoch von der Zählgemeinschaft aus SPD, Linken und Grünen ignoriert.

Zwar haben SPD, Linke und Grüne im finalen Haushaltsbeschluss die Titel der freien Jugendhilfe um 20.000 Euro erhöht. Angesichts der tatsächlichen Bedarfe war dies jedoch kaum mehr als ein symbolischer Schritt. Nach Beschluss des Haushalts und der anschließenden Erstellung des Jugendfördevorschlags durch das Jugendamt wurde ihnen schnell deutlich, wie groß die Lücke tatsächlich ist: Mindestens über 600.000 Euro fehlen im Haushalt, um die bestehenden Angebote ohne Kürzungen weiterzuführen.

Die CDU-Fraktion Treptow-Köpenick hatte im Haushaltsverfahren ausdrücklich vor dieser Situation gewarnt und konkrete Vorschläge gemacht, um besonders harte Einschnitte zu vermeiden. Für das Jahr 2026 hatten wir zusätzliche Mittel in Höhe von 80.000 Euro, für 2027 sogar 121.000 Euro beantragt. Ziel war es, zumindest die gravierendsten Kürzungen zu verhindern, die zur Schließung

einzelner Angebote führen könnten. Diese Vorschläge wurden von SPD, Linken und Grünen jedoch abgelehnt.

Besonders problematisch ist zudem der Umgang mit den ohnehin zu knapp bemessenen Mitteln zu Beginn des Jahres. Statt nach dem Beschluss des Bezirkshaushaltes innerhalb der Jugendförderung Prioritäten zu setzen oder notwendige Umschichtungen vorzunehmen, arbeiteten SPD, Linke und Grüne weiter nach dem Prinzip Gießkanne. Es wurde beschlossen, in den ersten drei Monaten des Jahres 2026 die Mittel unverändert und in gleicher Höhe an alle Träger der Jugendhilfe, auszureichen. Dadurch wurden bereits zu Jahresbeginn erhebliche Mittel gebunden – mit der Folge, dass der verbleibende finanzielle Spielraum für die restlichen Monate weiter schrumpfte.

Die Konsequenzen dieser Entscheidungen werden nun zum Ablauf der ersten 3 Monate deutlich sichtbar. Für verschiedene Projekte stehen erhebliche Kürzungen im Raum. Besonders dramatisch ist die Situation beispielsweise für das Angebot von Outreach in Altglienicke, dessen Fortbestand unter den aktuellen Voraussetzungen ernsthaft gefährdet ist.

Angesichts der selbst verursachten Finanzierungslücke haben SPD, Grüne und Linke im Jugendhilfeausschuss nun einen Antrag beschlossen, mit dem über einen sogenannten Mehrbedarfsantrag zusätzliche Mittel aus anderen Bereichen des Bezirksamtes in die Jugendförderung umgelenkt werden sollen. Damit soll das Defizit im Jugendbereich nachträglich ausgeglichen werden.

Die CDU unterstützt diesen Antrag, weil die Fraktion von Anfang an deutlich gemacht hat, dass der Jugendförderbereich im Bezirk mit zu wenig Mitteln ausgestattet ist. „Es ist richtig, jetzt alles zu tun, um drohende Schließungen

von Angeboten abzuwenden“, erklärt der Fraktionsvorsitzende Dustin Hoffmann und ergänzt: „Gleichzeitig bleibt festzuhalten: Die aktuelle Situation ist kein plötzliches Haushaltsproblem, sondern das Ergebnis politischer Entscheidungen. Warnungen aus dem Jugendhilfeausschuss wurden ignoriert, realistische Finanzansätze abgelehnt und notwendige Vorsorge im Haushalt unterlassen. Dass nun mit einem Mehrbedarfsantrag versucht wird, das selbst geschaffene Problem zu korrigieren, zeigt vor allem eines:

Die Jugendförderung hätte von Anfang an ernst genommen und ausreichend finanziert werden müssen.“



Kommentar: Provinzposse um die Jugendförderung

Man reibt sich verwundert die „Augen über das Schauspiel, das derzeit rund um die Jugendförderung in Treptow-Köpenick aufgeführt wird. Erst beschließen SPD, Linke und Grüne einen Haushalt, obwohl Jugendstadtrat und Jugendhilfeausschuss eindringlich davor warnen, dass das Geld vorne und hinten nicht reichen wird. Dann werden zu Jahresbeginn die ohnehin knappen Mittel nach dem Gießkannenprinzip verteilt – und nur wenige Monate später stellt man überrascht fest,

dass über 600.000 Euro fehlen.

Jetzt soll ein Mehrbedarfsantrag das Problem lösen, das man politisch vorhersehenden Auges selbst verbockt hat. Das hat mit verantwortungsvoller Haushaltspolitik wenig zu tun. Wer erst sehenden Auges ein Loch in den Haushalt reißt und sich anschließend für dessen hektisches Stopfen feiern will, liefert kein verantwortungsvolles Handeln – sondern eine Provinzposse der Bezirkspolitik.“ – Dustin Hoffmann

Impressum: Wir im SüdOsten

Herausgeber:
CDU-Kreisverband Treptow-Köpenick
Dörpfeldstraße 51 | 12489 Berlin

Kontakt:
Tel.: 030-63979871
Fax: 030-63979872
E-Mail: info@cdu-treptow-koepenick.de
www.cdu-tk.de

V.i.S.d.P.:
Maik Penn, MdA (Kreisvorsitzender)

Frühere Ausgabe(n) verpasst oder nicht zugestellt bekommen oder weitere Ausgaben nicht erwünscht - bitte um kurzen Hinweis mit Ihren Kontaktdaten (Name/Anschrift).